Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 422. Halle, Donnerstag, den 9. September 1920. **Einzelpreis 30 Pfg.**

Gefahrzeichen.

Die Börse hat am 8. September Unerfreuliches erlebt. Nicht nur die Wechselkurse stürzten hemmungslos, auch der Reichsbankausweis für den 31. August trug zur Ermattung und Lustlosigkeit bei. Nicht weniger als 1748 Millionen Mark sind in einer einzigen Woche neu in den Verkehr gelassen worden. Unter Zurechnung von 148 Millionen Darlehnskassenscheinen sind es fast 2 Milliarden Mark neues Papiergeld, um die sich der Gesamtumlauf erhöht hat. Es beträgt nunmehr über 71 Milliarden Mk. womit wir, von dem völlig bankrotten Rußland abgesehen, den Rekord halten. Alle Mahnungen zur Sparsamkeit sind glatt in den Wind gesprochen. Unablässig arbeitet die Notenpresse, die leider nicht nur Papierzettel erzeugt, sondern an der Geldentwertung arbeitet. Der Bestand an Wechseln und Schatzanweisungen ist auf die ungeheure Summe von über 46 Milliarden Mark gestiegen. Bankmäßig sollen diese Wechsel eine Deckung des Papiergeldes darstellen, in Wirklichkeit sind es nur die Schatzscheine, die das Reich für seine Ausgaben ausgibt. Der Metallbestand beträgt nicht viel mehr als eine Milliarde Mark. Was sonst als Aktivposten ausgegeben wird, wie die Reichs- und Darlehnskassenscheine, ist tatsächlich nur ungedecktes Papiergeld. Daß angesichts dessen die Mark im Auslande nicht hoch bewertet wird, ist ohne weiteres zu verstehen. Je geringer diese Einschätzung ist, desto mehr ziehen aber auch die Preise im Inland an, ohne das Zuzugsmaßnahmen für den Preisabbau daran etwas ändern können.

Es läßt sich ausrechnen, daß wir im Frühjahr über 100 Milliarden Mark Papiergeld im Umlauf haben, daß dementsprechend alle Preise steigen werden, weil die Geldentwertung der Notenausgabe mit Siebenmeilenstiefeln vorauseilt. Wo ist eigentlich die Valutakommission geblieben, die so empfehlenswerte Regeln für die Gesundung unserer Währung aufstellte. Darunter war auch die, die Notenausgabe zu beschränken, ebenso, im Reiche und in den Ländern die strengste Sparsamkeit zu üben. Statt dessen lassen wir den Notenumlauf steigen, so daß die Papierzettel sich hemmend und lähmend in das Kolbengestänge der Wirtschaftsmaschine zwängen. Ausgaben über Ausgaben werden bewilligt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wird, sie durch Einnahmen zu decken. Für die Arbeitslosen sind wieder einmal 50 Millionen Mark ausgeworfen worden. Der „Vorwärts" berichtet sogar stolz, daß es ein Sozialdemokrat gewesen wäre, der diese Forderung zuerst erhoben hätte. Das ist gar kein Kunststück, denn wenn es sein muß, können wir in jeder Woche 3 Milliarden Mark Papiergeld drucken und alle Wünsche befriedigen. Nun wird sich dann bald zeigen, daß das Papiergeld jede Kaufkraft verloren hat. Die Arbeitslosen sind Opfer einer gründlich verfahrenen Finanzwirtschaft. Ihnen ist auf die Dauer nicht geholfen, daß sie Unterstützungen erhalten, vielmehr ist es für sie selbst und für die Wirtschaft notwendig, daß sie arbeiten und Güter erzeugen können. Sonst hilft ein 8 Tages die Unterstützung nichts, weil die Papierzettel nicht mehr in Zahlung genommen werden. Dieser Prozeß hat schon eingesetzt. Im Verkehr von Stadt und Land nimmt die Naturalzahlung immer mehr zu, die sich schon nicht mehr auf Lebensmittel gegen Waren beschränkt, vielmehr auch schon auf Rohstoffe gegen Waren ausgedehnt hat. Bisher ist überhaupt noch nicht ernstlich versucht worden, den Papiergeldumlauf zu stoppen. Das Notenausgaberecht der Reichsbank ist unbeschränkt, was im Zusammenhang damit, daß sie die einzigste Kreditquelle des Reiches ist, für die Wirtschaft einen unerträglichen Zustand darstellt. Auch das Reich selbst leidet darunter. Je mehr nämlich infolge der Zettelvermehrung der Geldwert sinkt, desto weniger vermag das Reich seinen Haushalt in Ordnung zu bringen. Im vorigen Jahre hieß es, daß die neuen Steuern den Bedarf des Reiches decken würden. Selbst wenn alle Steuern nach dem Voranschlag herein kommen, ist keine Rede mehr davon, ohne Zuschuß den Haushalt abzugleichen. Der magere Trost, daß mit der Erhöhung der Einkommen auch die Steuerbeträge steigen, hält nicht lange vor. Denn diese Steigerung ist bereits durch neue Ausgaben wieder eingeholt. Der Reichsfinanzminister weiß offenbar auch keinen Rat. Und der Reichstag erst recht nicht, daß er vermeidet, diese finanzwirtschaftliche Lebensfrage des Reiches gründlich zu erörtern. Die Zwangsanleihe kann das Uebel auch nicht dauernd heilen, denn sie vermag nur einmal das Defizit zu beseitigen, sowie einen Teil der schwebenden Schulden abzubürden. Wir dürfen uns auch nicht allzu sehr auf die Mittel der Gesetzgebung verlassen. Die Wirtschaft hat sich selbst krank gemacht und muß sich auch selbst zu heilen suchen. Zuerst gilt es, die Gütererzeugung zu fördern, um dadurch zu erreichen, daß die Wirtschaft selbst die Tauschmittel erzeugt, so daß sie von der Notenpresse unabhängig wird. Weiter muß das Reich Ausgaben und Einnahmen in ein festes Verhältnis bringen, so daß der Rückgriff auf die Notenpresse unnötig ist. Die Reichsbank selbst muß ihre Aufgabe als Hüterin und Schützerin des Geldmarktes zurückerhalten.

Die Folgen des Erfurter Gewaltaktes.

Wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, hat die Reichsregierung der Ententeüberwachungskommission amtlich Mitteilung von den Strafmaßnahmen gemacht, die sie gegen die Urheber des Angriffes auf den Munitionszug in Erfurt getroffen hat. Nach französischen Erklärungen hat Deutschland noch für die zerstörte Munition Schadenersatz zu leisten, vorbehaltlich der Schritte der Entente gegen eine Wiederholung der Vorfälle.

Ein italienisches Guthaben für Deutschland.

Wie es nach einer Baseler Meldung heißt, wird Italien Deutschland bei der Banka d'Italia, der Staatsbank, auf den 1. Dezember ein Guthaben von 21 Millionen Lire zu Ernährungszwecken eröffnen.

Die Lage in Oberschlesien.

Kattowitz, 9. September. (Eig. Drahtnachricht.) Der polnische Terror in Oberschlesien hält gleichmäßig an. Die Deutschen, welche an vielen Orten die Arbeit wieder aufgenommen hatten, wurden von den Polen gezwungen, schon nach wenigen Schichten wieder zu feiern. Der Beitritt der Deutschen in die neuzubildende Bürgerwehr ist sehr gering, da die Beitretenden von den Polen in unerhörter Weise terrorisiert werden. So haben sich z. B. in Schoppinitz nur drei Deutsche zur Bürgerwehr gemeldet. Die Unsicherheit in Oberschlesien nimmt von Tag zu Tag zu, da die während der Unruhen aus den Gefängnissen Befreiten noch immer frei umherlaufen. Ebenso laufen weiter fortgesetzt Meldungen ein, nach denen sich die Franzosen mit den Polen verbrüdern. In Schoppinitz sind fast alle Offiziere der französischen Besatzungstruppen bei Polenführern einquartiert.

Die russisch-polnische Frage.

Moskau, 8. Sept. (Durch Funkspruch.) Kamenew hat sich an den englischen Premierminister Lloyd George mit der Frage gewandt, wie die englische Regierung sich nach der Anerkennung Wrangels durch die französische Regierung zu ersterem verhalte. Lloyd George erwiderte bestimmt, daß die englische Regierung die Absicht habe, die Kampfhandlungen in Osteuropa zu beenden, und nur die persönliche Sicherheit der in der Krim befindlichen Truppen und Flüchtlinge garantieren wolle. England habe nie die Absicht gehabt, die Krim von Sowjetrußland zu trennen oder sich oder Wrangel die Herrschaft über die Krim vorzubehalten.

Vor einer neuen russischen Gegenoffensive.

Basel, 8. Sept. Eine Pariser Havasmeldung besagt, daß die Bolschewisten bedeutende Truppen zusammenziehen, um eine Gegenoffensive zu unternehmen. In Wolhynien sind innerhalb einiger Tage über 10 frische russische Divisionen festgestellt worden. Im Bugabschnitt haben die Bolschewisten mit starken Kräften angegriffen und örtliche Erfolge erzielt.

Der „Matin" hört aus Warschau: Um die Uebergänge des Dnjestr finden schwere Kämpfe statt. Die Heerstraße von Brody nach Dubno ist von den Polen überschritten. Im nördlichen Abschnitt der Front beginnen die Bolschewisten eine Umgruppierung vorzunehmen. Die polnische Heeresleitung erwartet hier eine Gegenoffensive der Russen zur Entlastung der geschlagenen Südarmee.

Der polnisch-litauische Streitfall.

Paris, 8. Sept. „Matin" meldet aus London, der Völkerbund wird sich mit dem polnisch-litauischen Streitfall beschäftigen. Der Fall werde dadurch schwierig, daß Litauen nicht Mitglied des Völkerbundes ist und sich infolgedessen weigern könnte, den Schiedsspruch des Völkerbundes anzunehmen. Es sei zweifelhaft, ob man in diesem Fall den wirtschaftlichen Boykott gegen Litauen anwenden könne.

Das Kopenhagener Blatt „Politiken" meldet aus Warschau: Die Polen sind im Norden vor den Litauern bis südlich Suwalki zurückgegangen. Auch Grodno wurde von den Polen militärisch geräumt.

Der polnische Außenminister erklärte, der Friede mit Rußland sei unmöglich, so lange nicht der Friede mit Litauen geschlossen sei. 30 000 litauische Soldaten, von den Bolschewisten unterstützt, hätten die Polen aus Augustowo vertrieben und seien im Vormarsch auf Grodno. Sie hätten schon einen großen Teil des Gebietes besetzt, das die Polen aus ethnographischen Gründen für sich beanspruchen müßten.

Die Aufstandsbewegung in Pomerellen.

Basel, 9. September. Nach amtlichen polnischen Berichten hat die Aufstandsbewegung in Pomerellen nicht annähernd den Umfang gehabt, der ihr in der Presse zugemessen wurde. Der Putsch hat in Graudenz in der Nacht vom 2. und 3. September begonnen, indem das Pomerellenregiment Nr. 64 die Post, den Bahnhof und einige Dienstgebäude besetzte. Die Insurgenten wurden jedoch nach wenigen Stunden von einer Sturmabteilung entwaffnet, die Anführer wurden verhaftet. Auch an den anderen Orten wurde die ganze Bewegung innerhalb von wenigen Stunden unterdrückt.

Beschaffungsbeihilfe an Arbeitslose.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages teilte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit, daß das Reich für eine einmalige Beschaffungsbeihilfe an Arbeitslose 50 Millionen Mark ausgeworfen hat. Da hierzu noch die auf die Länder und Gemeinden entfallenden Beträge kommen, so wird jeder Erwerbslose, dessen Arbeitslosigkeit länger als acht Wochen dauert, etwa 400 bis 450 Mk als einmalige Beihilfe erhalten können.

Bei der Weiterberatung des Antrages auf Aufhebung der Ausfuhrabgaben erklärt ein Regierungsvertreter, daß das Reichsfinanzministerium auf die Erhebung der Ausfuhrabgaben nicht glaube verzichten zu können. Nach längeren Verhandlungen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Regierung ersucht, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen, in den Devisenkursen und der Weltmarktlage begründeten Ausfuhrschwierigkeiten die Ausfuhrabgaben nach der Verordnung vom 20. Dezember 1919 für solche Ausfuhrwaren, deren Absatz im Auslande stockt, vorübergehend nicht zu veranlagen, um durch Erleichterung der Ausfuhr der Industrie erhöhte Beschäftigung zu verschaffen und damit der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Regierung kann jedoch für solche Waren, bei denen Inlands- und Auslandsmarktverhältnisse die Erhebung von Ausfuhrabgaben noch rechtfertigen, eine Ausfuhrabgabe beibehalten. Der auf Grund der Verordnung aufgestellte Tarif ist unter Fortsetzung eines Prüfungsverfahrens derart umzugestalten, daß die Regierung in kürzeren Zwischenräumen jeweils unter Berücksichtigung der Valuta und der inneren und äußeren Marktlage denjenigen Prozentsatz festsetzt, mit dem alle Sätze zur Erhebung gelangen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erklärte Staatssekretär Hirsch die beginnende Wirtschaftskrise als eine Weltkrise. Eine Verschärfung werde sie in Deutschland durch den Kohlenmangel als Folge des Abkommens von Spa erfahren. Viel trage das Arbeiten der Notenpresse und die Menge der Aemter und Ministerien zu den vorhandenen Schäden bei.

Bedrohung des deutschen Funkverkehrs.

Berlin, 8. Sept. Dem Reichspostministerium ist Mitteilung zugegangen, daß die französische Funkgesellschaft „Compagnie générale de télégraphie sans fil. Paris" Anspruch auf Herausgabe der deutschen Funkstation Eilvese erhebt.

Diese Forderung wird damit begründet, daß die Hochfrequenz-Maschinen A.-G. Berlin im Jahre 1912 einer französischen Gruppe die Auslandspatente des Professors Goldschmidt auf Ueberbrückung großer Entfernungen mittels Hochfrequenz-Maschinen verkauft und ihr außerdem das Recht auf Uebernahme der deutschen Großstation Eilvese bei Hannover bis 31. Dezember 1914 eingeräumt hat. Infolge des Krieges hat die französische Gesellschaft ihr Recht, die Funkstation Eilvese zu übernehmen, nicht ausüben können, so daß die vertraglich festgesetzte Optionsfrist verstrichen ist. Unter Berufung auf § 299b des Friedensvertrages hat jedoch Frankreich die deutsche Regierung von dem Wiederinkrafttreten des fraglichen Vertrages verständigt, und die französische Gesellschaft hält sich für berechtigt, gegen Entschädigung die deutsche Großstation zu übernehmen. Durch diese Sachlage ist die Reichstelegraphenverwaltung, ohne deren Kenntnis im Jahre 1912 den Franzosen durch Privatvereinbarung ein in die deutschen Verkehrsinteressen eingreifendes Recht eingeräumt worden ist, in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen, da die Großfunkstation Eilvese inzwischen in den öffentlichen Telegraphendienst eingestellt ist.

Das Reichsministerium ist in Gemeinschaft mit den übrigen Reichsministerien in eine Untersuchung des Vorfalles, der auch noch das Reichskabinett beschäftigen dürfte, eingetreten und hofft, daß auf dem Wege der Verhandlungen mit der französischen Gesellschaft die dem deutschen Funkverkehr drohende ausländische Kontrolle noch in letzter Stunde abgewendet werden kann.

Die deutsch-italienischen Verträge der Vorkriegszeit.

Wie das WTB. erfährt, hätte die italienische der deutschen Regierung auf Grund von Artikel 299 des Versailler Vertrages mitgeteilt, daß die deutsch-italienischen Verträge aus der Vorkriegszeit, welche Familienangelegenheiten und Unterhaltungsverpflichtungen sowie allgemeine Wohltätigkeitszwecke betreffen, in Kraft bleiben.

Hochwasserschäden.

Landsberg, 9. September. (Eig. Drahtnachricht.) Im Oder- und Warthebruch ist infolge des Hochwassers die Ernte vollkommen verloren. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Die neue Polizei.

Die Umformung der preußischen Sicherheitspolizei ist nach dem Abkommen von Spa leider eine unabwendbare Notwendigkeit geworden. Es ist überaus schmerzlich, daß wir auf eine Einrichtung verzichten müssen, die sich nach mancherlei Experimenten gerade eingearbeitet und bewährt hatte. Wenn aber jetzt an eine Umformung herangegangen wird, so ist nichts falscher als nun gegen die neue Form Sturm zu laufen. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Marezkn hat aus Anlaß der notwendigen Reorganisation des preußischen Polizeiwesens eine kurze Anfrage im Reichstag gestellt, in der allerlei Angriffe auf die neue Polizei enthalten sind. Noch bedauerlicher aber ist es, daß er auch gegen den Schöpfer der neuen Polizei, Ministerialrat Dr. Abegg, allerlei unberechtigte Vorwürfe richtet. Dr. Abegg ist allerdings während der Revolution im Amte geblieben, und er hat seinen Dienst auch weiterhin versehen, als Herr Eichhorn im Berliner Polizeipräsidium schaltete und waltete. Aber das hat Gott sei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200909035/fragment/page=0001

Dank die Mehrzahl der preußischen Beamten während der Revolution getan, und das pflichttreue Weiterarbeiten der Beamtenschaft hat seinerzeit den restlosen Zusammenbruch der alten Staatsmaschine glücklicherweise verhütet. Man dient nicht den Staatsinteressen, wenn man jetzt das Vertrauen zu einer Einrichtung unterhöhlt, von deren Funktionieren öffentliche Ruhe und Sicherheit abhängen.

Es ist verständlich, daß die Neuorganisierung in verschiedenen interessierten Kreisen auch Widerstand erfährt. Aus Gründen des Spavertrags und der Ersparnis müssen die Kommandostäbe der gegenwärtigen Sicherheitspolizei verringert werden. Dafür aber soll das Unterpersonal eine gediegenere Durchbildung erfahren. In der Zwangslage, in der wir uns befinden, kann man die Wünsche der Gesamtheit der bisherigen Polizeioffiziere aber beim besten Willen nicht befriedigen. Es ist unberechtigt, daraus dem Organisator der neuen Polizei Vorwürfe zu machen. Wenn diese Vorwürfe sich besonders dagegen richten, daß nun aus dem Polizeileutnant ein Polizeimeister geworden ist, so handelt es sich dabei doch nur um eine Aeußerlichkeit, die eben die geforderte Entmilitarisierung zum Ausdruck bringen soll. Im Zusammenhange mit der neuen Polizei wird man nunmehr auch an die Schaffung einer Reichskriminalpolizei gehen können, die in steigendem Maße sich als eine Notwendigkeit herausgestellt hat. Der demokratische Reichsminister des Innern Koch hatte bereits im Etat Mittel für eine Reichskriminalpolizeistelle angefordert. Der Reichsrat war aber im vorigen Jahre gegen das Projekt. Jetzt wird man seiner Verwirklichung näher treten. Bei der Behandlung aller Polizeifragen sollte man den parteipolitischen Standpunkt völlig hinter den sachlichen Notwendigkeiten zurücktreten lassen. Die Nachwirkungen des Krieges haben leider das Rechtsgefühl und die öffentliche Sicherheit schwer erschüttert. Dazu kommen die Umtriebe politisch verwegener Elemente. Diese große Schwierigkeit darf man nicht außer acht lassen, und es ist darum auch erforderlich, daß die neue Polizei die rückhaltlose Unterstützung und das Vertrauen der politischen Parteien findet, die unbedingt für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit eintreten.

Luise Zietz gegen Moskau.

Etwas verspätet bringt die „Freiheit" noch einen Artikel von Luise Zietz zu der Debatte über die 21 Moskauer Unterwerfungspunkte. Mit den allerschärfsten Ausdrücken lehnt Luise Zietz diese Punkte ab. Sie sieht in ihnen „eine brüske Kampfansage, ein ungeheuerliches Diktat", dessen Annahme man nur „Sklavenseelen" zumuten kann, während freie aufrechte Menschen diese Punkte „zornig oder hohnlachend zurückweisen" werden. Die Punkte zeigen die „grenzenlose Menschenverachtung", von der Lenin erfüllt sein muß. Weiter heißt es:

„Nicht willenlose Sklaven der Moskauer, sondern gleichberechtigte Kampfesgenossen wollen wir sein. Wir unterwerfen uns keinem Diktat, woher es auch kommen mag. Das Harikiri überlassen wir den Adeligen Japans. ...

Die Bestimmung über den Parteitag wäre die Proklamierung eines so unerträglichen Gewissenszwanges, wie er schlimmer nicht geübt wurde zur Zeit der Inquisition."

Wenn in der unabhängigen Partei die von Moskau verlangte „eiserne militärische Disziplin" durchgeführt würde, so würde „ein Heer von Heuchlern und Kriechern, von unwissenden Maulhelden und widerlichen Strebern, aber auch von Denunzianten" großgezogen. Alles geistige Leben in der Partei würde erstickt:

„Was wir am Militarismus am tiefsten haßten, daß er die Persönlichkeit knickte, den Willen lähmte, alles Eigene und Edle im Menschen zerbrach, ihn zum bedingungslosen, blinden Gehorsam zwang, das soll nun der Anschluß an Moskau für Männer und Frauen der Partei bringen."

Der Artikel schließt mit dem Ausruf: „Wir gehen nicht in die Sklaverei!"

Der „Vorwärts" bemerkt dazu: Was wäre wohl noch vor wenigen Wochen dem Sozialdemokraten passiert, der in einer unabhängigen Versammlung mit ähnlichen Ausdrücken über Moskau gesprochen, den Anschluß an die Dritte Internationale als „Harakiri" und „Gang in die Sklaverei" bezeichnet hätte? Er hätte wohl seine Knochen im Schnupftuch zusammenlesen können! — Aber es ist interessant, die Ausführungen der Luise Zietz einmal unter steter Berücksichtigung der Tatsachen durchzulesen, daß ein großer Teil der Unabhängigen, nicht zuletzt in Berlin, für die Annahme der 21 Punkte ist. Das Urteil über diese, das in den Zietzschen Ausführungen mit enthalten ist, dürfte wohl das schärfste sein, das jemals von Angehörigen — einstweilen noch — der gleichen Partei über eigene Parteigenossen gefällt worden ist. Nach solchen Sätzen kann die Parteieinheit der U. S. P. nur noch als Phantom angesehen werden.

Frauen in der Rechtspflege. Die Frage, ob den Frauen der Zugang zu beamteten Stellungen auf dem Gebiete der Rechtspflege und zur Rechtsanwaltschaft zu eröffnen ist, wird gegenwärtig von der Reichsjustizverwaltung im Benehmen mit den Landesregierungen geprüft. Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen.

Graf Bothmer als Prophet.

DA. **Budapest**, 6. Sept. Der Mitarbeiter des royalistischen „Uj Nemzedek" Eugen Irinyi, hatte in München eine Unterredung mit dem Führer der bayerischen Royalisten, Grafen Karl Bothmer, der ihm u. a. folgendes gesagt haben soll: „Unsere Partei steht auf dem Standpunkt, daß Bayern uns gehört. Wir wollen unsere Geschicke selbst lenken und wollen diese Aufgabe nicht Berlin anvertrauen, um so weniger, da Berlin für uns nichts weiter ist, als ein Brückenkopf der Dritten Internationale. Wir beurteilen die Lage in Berlin und im Norden des Reiches sehr ernst. Preußen liegt gefallen zu Boden und ich sehe die Erklärung dieser Tatsache darin, daß zwischen dem sich in bäuerlichem Besitz befindlichen Westen und dem den Großgrundbesitzern angehörenden Osten eine tiefe Meinungsverschiedenheit herrscht. Der Westen will los von Berlin, wogegen die Landarbeitermassen des Ostens für die Diktatur des Proletariats eintreten. Wir müssen uns daher gegen Preußen und gegen den Norden verteidigen und wir sind überzeugt, daß wir auch das richtige Mittel dazu gefunden haben — die Bewaffnung der Bevölkerung. Diese Aktion hat nicht nur bei uns Maße angenommen, welche für den Gegner drohend sind, sondern auch in dem benachbarten Württemberg und Hessen. Diese Staaten sind gleichfalls entschlossen, der von Norden drohenden Gefahr mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Der Ministerpräsident von Hessen, Ulrich wartet nur darauf, daß Bayern den ersten Schritt dazu tun soll. Ich bin überzeugt, daß die Kommunisten es im gegebenen Augenblick auch bei uns versuchen werden, die Räteherrschaft auszurufen, aber ein Erfolg ist ausgeschlossen. Preußen wird sich aber nicht so schnell zusammenraffen können, wie Bayern oder Ungarn, da die nationale Erhebung mit dem Gedanken des Nationalbolschewismus krankt."

Die „Dena", die diese Nachricht verbreitet, überläßt die Verantwortung für diese angeblichen Aeußerungen des Grafen Bothmar dem ungarischen Blatte.

Deutsches Reich.

Aufhebung der Rheinkontrolle für Branntwein. Der Handelskammer in Bonn wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Rheinkontrolle für Branntwein am 1. Okt. aufgehoben werden soll. Wegen der Aufhebung der Rheinkontrolle für Seife, Oele und Fette, sowie für Kakaoerzeugnisse und Zuckerwaren stehen besondere Verfügungen bevor. Es handelt sich dabei nicht um die Kontrolle an der Reichsgrenze im Westen, sondern um die vorübergehend eingerichtete Rheinkontrolle des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr.

Das Preußische Abgeordnetenhaus hat seinen Verfassungsausschuß für Donnerstag dieser Woche einberufen. Der Hauptausschuß der Landesversammlung wird in dieser Woche noch den Haushalt der Bauverwaltung, des Ministeriums für Volkswohlfahrt und der Finanzen beraten, und am Freitag sich bis zum Beginn der Plenarverhandlungen, also bis zum 15. September vertagen.

Die Kaffee-Einführung wieder gestattet. Vermutlich als Folge des veröffentlichten Angriffs gegen das Kaffee-Einfuhrverbot der Regierung und der damit verbundenen unhaltbaren Zustände auf dem Kaffeemarkt wird jetzt eine Erklärung seitens der Regierung veröffentlicht, in der mitgeteilt wird, daß der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg ermächtigt worden ist, bis auf weiteres die Einfuhr von Kaffee in beschränktem Umfange wieder zuzulassen.

Preußische Wasserstraßenpolitik. Im Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung teilte die Regierung am Dienstag mit, daß das Anlagekapital aller deutschen Wasserstraßen rund zwölfhundert Millionen Mark betrage, wovon zweihundert Millionen auf die im Bau befindlichen Straßen fielen. Von der restlichen Milliarde habe Preußen einen Anteil von dreiviertel Milliarden. Die Reichsregierung wolle für die Ueberführung der Wasserstraßen eine Entschädigung von dreißig Prozent zahlen, also rund dreihundertfünfzig Millionen Mark. Von dieser Summe sollten die Hansastädte zur Tilgung ihrer Hafenanleihen rund hundertfünfzig Millionen Mark vorweg erhalten, da sie ihre Häfen selbst unterhalten hätten. Es verbliebe demnach insgesamt noch zweihundert Millionen Mark, von denen hundertfünfzig Millionen auf Preußen entfallen würden. Die preußische Regierung sei nicht gewillt unter diesen Bedingungen den Kaufvertrag des Reiches anzunehmen. Im Ausschuß wurde dem zugestimmt und die Staatsregierung ersucht, für die Entschädigung einen bedeutend höheren Betrag herauszuholen.

„Historische Kommission für das Reichsarchiv." Der Reichspräsident hat zu Mitgliedern dieser Kommission für die Dauer von fünf Jahren ernannt:

den Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann-Hollweg in Hohenfinow — den Generalmajor a. D. v. Borries in Potsdam — den Geheimen Regierungsrat, ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Berlin, Dr. Hans Delbrück — den General der Infanterie a. D. Dr. phil. h. c. Freiherrn v. Freytag-Loringhoven in Weimar — den ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Leipzig Dr. Götz, Mitglied des Reichstages — den Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Geheimen Oberregierungsrat, Professor Dr. Kehr in Berlin — den Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Lewald in Berlin — den Geheimen Rat, ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität München Dr. Erich Marcks — den Geheimen Regierungsrat, ordentlichen Professor an der Universität Heidelberg Dr. Oncken — den ordentlichen Professor an der Universität Münster Dr. Schreiber, Mitglied des Reichstages — den Geheimen Regierungsrat, ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Bonn Dr. Schulte — den Geheimen Regierungsrat, ordentlichen Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin Dr. Schumacher.

Schwindel oder Schiebung? In einem in Hamburg erscheinenden Export- und Importblatt „Die Hanse" finden wir in der „2. Messenummer" vom 1. September das nachstehende, auffällige Verkaufsangebot:

„750 000 Tornister, dreiteil. Kalbfell, zu 25 Mk. pro Stück, mehrere Millionen Gewehre, Modell 98, mit 200 Schuß, für 241 Mk. pro Stück. 500 000 Stück Mannschaftsgarnituren, à Garnitur 1000 Mk. Eilaufträge erbeten, nur Anfragen ganz ohne Zweck."

„Nur für den ausschließlichen Gebrauch der Abonnenten" gibt die „Hanse" einen streng geheimen „Schlüssel" heraus, aus dem man die Adressen der Inserenten erfahren kann. Nach diesem uns ebenfalls vorliegenden Schlüssel ist

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Freitag, den 10. September. Inhalt: Phinele. Roman von Ludwig Rohmann. — Das Wiedersehen. Skizze von A. Kinsky. — Das Land der Erdbeben. – Literatur.

Die sich nicht kriegten.

Von

Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

In vertrauten Stunden erzählt Frau Edith von ihrer Jugend. Sie hat den Kopf gegen die rechte Schulter gesenkt, die Augen blicken verträumt in die Ferne. Und du siehst das Fräulein Edith in der Blüte seiner zwanzig Jahre, umgeben von einem Dutzend Kavalieren, die keinen sehnlicheren Wunsch haben, als Edith zur Frau zu bekommen. Den einen aber hat Edith ausgeschlagen, weil er zu ernst war — „Gott, als junges Ding ist man ja so dumm!" —, einen anderen aus Laune, einen dritten, weil er den Eltern zu jung erschienen war, einen vierten, weil er immer eifersüchtig war. Alle zwölf haben Körbe bekommen, und Edith ist heute die Gemahlin des dicken Streichholzfabrikanten, der für ihre romantische Liebe gar kein Verständnis hat.

Und kommst du dann mit Ediths Freundin, der verwitweten Frau Meta, ins Gespräch und bedauerst Edith, so erfährst du, daß es Frau Meta ähnlich ergangen sei. Auch sie hatte eine Handvoll Freier, und alle hatte sie abgewiesen. Frau Edith könnte heute Frau Kommerzienrat sein, Frau Landgerichtspräsident, die Frau des Generalintendanten, die Frau des berühmten Dichters, und Frau Meta könnte zwei Villen besitzen und ein Auto, Frau Minister könnte sie sein, Frau Geheimrat, wenn sie damals gewollt hätte.

Ach, nicht nur Frau Edith und Frau Meta ist es so ergangen, es gibt kaum eine Frau, die dir nicht von ihren früheren Erfolgen zu erzählen wüßte; alle haben Körbe ausgeteilt, wenn Zwei nicht zusammengekommen sind, so lag dies nur an der Frau. Wie glücklich wären sie alle geworden! Und nun haben sie an einer so armseligen, poesielosen Ehe zu schleppen, und der Ehemann ist — überlegt man sich's genau — ein Greuel.

Fragst du den berühmten Dichter, so gesteht er, daß er den Namen der kleinen Edith nicht kennt, der Landgerichtspräsident erinnert sich nicht mehr an seine Tanzstundendame Edith, mit spöttischem Lächeln spricht der Villen- und Autobesitzer von Fräulein Meta, die ihn in seinen jungen Jahren angeschwärmt und die nichts unversucht gelassen hatte, um ihn zum Manne zu bekommen.

Wenn die Männer, die verheirateten und die ledigen, von den Erfolgen der vergangenen Jahre erzählen, schmunzelnd oder glücklich lächelnd, wenn sie von den Annas, Bettys, Ernas, Hedwigs berichten, die ihnen zugetan waren und die vergebens auf eine Erklärung warteten, so ist in diesen Reminiszenzen Dichtung und Wahrheit nicht minder verquickt als in den Erzählungen der Damen. Frägt man die Annas, Bettys, Ernas, Hedwigs nach dem Galan aus jungen Jahren, so wird man erfahren, daß der Galan ein langweiliger Bursche war, der auf Teufel komm heraus den Hof machte, aber schmählich abgeblitzt ist.

*

Bewußt oder unbewußt hat man diese Jugenderinnerungen mit einem Glorienschein umgeben. Alle diese Ehen, die nicht zustande kamen, wären ungemein glücklich geworden. Man hätte in Freuden geschwelgt, und die Romantik und die Poesie wären nie versiegt. Nie wäre der Alltag gekommen, und die Liebe hätte bis zum Grabe triumphiert. In der Phantasie des einen Teiles.

Nein, meine verehrte Frau Edith, Sie hätten den Dichter heiraten können oder den Kommerzienrat, den Landgerichtspräsidenten oder den Universitätsprofessor, zufrieden wären Sie mit keinem von diesen geworden. „Der armselige Dichter!" hätten Sie gesagt, wenn Sie seine Frau geworden wären, „Schrullen im Kopfe und fixe Ideen!" Und mit Schmerz hätten Sie beobachtet, was für elegante Toiletten und Badereisen sich die Gattin des Streichholzfabrikanten leisten kann. „Landgerichtspräsident!" hätten Sie ausgerufen, „was nützen mich Ansehen und gesellschaftliche Stellung, wenn ich mir jedes Vergnügen versagen muß!"

Und auch die unzufriedenen Ehemänner wären mit einer anderen nicht glücklicher geworden. Auch eine andere hätte Rücksicht gefordert, Treue, Liebe, auch eine andere wäre alt geworden. Auch eine andere hätte Geist und Seele gefordert, wo du nur Platitäten und Banalitäten geben kannst.

Die sich nicht kriegten, wären in der Ehe, die ihnen heute als Ideal erscheint, auch nicht glücklicher geworden als in der Ehe, die sie als Last empfinden.

Gegen das Einnehmen von Kalkpräparaten, das in den letzten zwanzig Jahren in Deutschland infolge ihrer Empfehlung seitens des Dresdener Zahnarztes Dr. Roose und der Münchener Professoren Emmerich und Loew überhand genommen hat, wendet sich Professor Dr. Axel Winckler, dirigierender Brunnenarzt am Bad Nenndorf, in der „Allg. Deutschen Bäderzeitung". Er warnt dringend vor kalkreicher Kost, die zu schnellem greisenhaftem Körperverfall und frühem Tode führe, was auch andere Hygieniker bestätigten. Nur wachsenden Individuen, schwangeren Frauen, bei Knochenbrüchen und vielleicht bei Lungentuberkulose seien kalkreiche Nahrungsmittel dienlich, wie Milch, Butter, Käse, Eier, Gemüse und Hülsenfrüchte. Sonst sollen Erwachsene weiches Trinkwasser und kalkarme Speisen bevorzugen, wie Brot, besonders Weißbrot, Fleisch, Fisch, Kartoffeln, Reis, Mais, Aepfel, Birnen, Oel, Pflanzenbutter, Schweineschmalz, Honig und Zucker. Das Einnehmen von Kalkpräparaten nach Münchener Vorschrift hält Prof. Dr. Winckler für „eine sichere Methode, im Galopptempo greisenhaft zu werden und das Leben abzukürzen."

Wundt und Gerhart Hauptmanns Jahrhundertfestspiel. Als im Jahre 1913 eine Anzahl Leipziger Persönlichkeiten gegen die Unterdrückung von Gerhart Hauptmanns Jahrhundertfestspiel protestierten, hatte auch Wundt mit unterzeichnet. Wegen seiner Stellungnahme befragt, erklärte er dem „Leipziger Tageblatt" zufolge, wenn er sich auch nicht mehr gerade zur akademischen Jugend rechnen könne, so habe er sich wenigstens als Mitglied der akademischen Körperschaft veranlaßt gesehen, mit seinem Namen sich auf seiten der Kundgebungen zu stellen. „Des Urteils über das Festspiel möchte ich mich deshalb enthalten, weil ich glaube, daß man es gesehen haben muß: die Lektüre allein genügt nicht. Die Idee Hauptmanns, die Form des alten deutschen Puppenspiels zu wählen, halte ich für äußerst glücklich und bühnenwirksam. An sich ist es ja recht erfreulich, daß das Hauptmannsche Stück nicht von Loyalitätsdusel triefe; in der Beziehung bin ich vollkommen auf seiten des Dichters. Auch weiß ich nicht, wie man ihm die vaterländische Tendenz absprechen darf."

Todesfälle.

Am 3. September starb Prof. Dr. med. Wilhelm Weintraud, ärztlicher Direktor der inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses zu Wiesbaden (geb. 1866 zu Offenbach a. M.), früher Privatdozent in Straßburg, Berlin und Breslau.

In Bensheim (Bergstraße) starb am 5. d. M. der Physiker und Meteorologe Dr. Arthur von Oettingen ord. Honorarprofessor an der Universität Leipzig. Er war aus Dorpat gebürtig und früher Ordinarius an der dortigen Universität.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200909035/fragment/page=0002

die Adresse des Herrn, der alle diese militärischen Waffen- und Ausrüstungsgegenstände anbietet: E. von Rentzel, Stettin, Falkenwerder Straße 72 d. Derselbe Herr offeriert im übrigen an anderer Stelle auch Chemikalien, Drogen und Farben. Bei dem Waffenangebot handelt es sich hoffentlich um eine „freibleibende" Offerte. Die zuständigen Stellen haben jedenfalls Anlaß nachzuprüfen, ob man tatsächlich noch irgendwo in Deutschland „mehrere Millionen Gewehre" kaufen und verkaufen kann.

Ueber die Maul- und Klauenseuche. Vom Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird der „Dena" mitgeteilt: Im Hinblick auf die rasche Verbreitung der Maul- und Klauenseuche und der durch sie hervorgerufenen Schäden hat im Ministerium für Landwirtschaft am 4. September 1920 unter Beteiligung sämtlicher Regierungs- und Veterinärräte, der Vorsteher der bakteriologischen Institute der Landwirtschaftskammern und sonstiger auf dem Gebiete der Seuchenforschung tätigen Sachverständigen sowie unter Zuziehung der Vorsitzenden des preußischen Tierärztekammerausschusses und des Reichsverbandes der praktischen Tierärzte eine Beratung über geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche stattgefunden. In der Beratung wurde hauptsächlich beschlossen, zur Vermeidung der Todesfälle durch die Seuche das in Bayern geübte Impfverfahren in geeigneter Weise zur Anwendung zu bringen. Zur Durchführung des Verfahrens sollen sämtliche praktischen Tierärzte herangezogen werden.

Ausland.

Aus der Schweiz.

Olten, 8. Sept. Der schweizerische Kirchenkongreß hat den endgültigen Zusammenschluß der schweizerischen Kirchen zum schweizerischen evangelischen Kirchenbund beschlossen. Die Versammlung nahm endgültig von den Einigungsbestrebungen der gesamten christlichen Welt Kenntnis und beschloß zu Gunsten der notleidenden protestantischen Kirchen im Auslande eine Hilfsaktion einzuleiten.

Die Lage in Italien.

Basel, 9. September. (Eig. Drahtnachricht.) **Im Augenblick tagt in Rom die Geschäftsleitung der italienischen sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit den Mitgliedern der parlamentarischen Gruppe der Sozialisten. Den Besprechungen dieser Tagung muß insofern große Bedeutung beigemessen werden, als die sozialdemokratische Partei Italiens sich in ihnen zu entscheiden hat, ob sie als politische Korporation die Verantwortung für die Fortsetzung des gegenwärtigen Konfliktes übernehmen will. Wie verlautet, sind die Sozialdemokraten der sogenannten alten Garde geschlossen gegen ein Eintreten für die augenblicklich Streikenden, da sie darüber einig sind, daß die Stunde des Proletariats in Italien noch nicht geschlagen habe und daß die Bestrebungen der Extremisten den späteren Erfolg der Arbeiterforderungen in Frage stellen könnten.**

Rom, 8. Sept. „Corriere della Sera" schreibt, die sozialistischen Abgeordneten hätten erklärt, sie seien überzeugt, daß der Konflikt der Metallindustrie leicht beigelegt werden könnte. Auch der Sekretär des Allgemeinen Italienischen Arbeiterbundes habe sich optimistisch ausgesprochen. Nach Blättermeldungen solle die erste Zusammenkunft der Arbeiterdelegierten mit den Fabrikbesitzern in Mailand stattfinden. **Der Widerstand des** technischen Personals unter den Fabrikangestellten gegen die Metallarbeiter wachse. Die Ausführung der Arbeit ohne die nötige technische Leitung verursache den Arbeitern große Schwierigkeiten. Auf das Spezialistenpersonal werde ein bedeutender Druck ausgeübt, um es zu bewegen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Der Verband der Ingenieure nehme jedoch den Arbeitern gegenüber eine ablehnende Haltung ein.

Rom, 8. Sept. Es ist auffallend, mit welcher Ruhe hier der Metallarbeiterzwist betrachtet wird. Der König weilt in Südfrankreich, Giolitti in den Alpen. Auch die meisten Minister sind von Rom abwesend. Man kann hier das Ausland nicht verstehen, das von einer drohenden italienischen Revolution redet und doch wissen müsse, daß in Italien alles mit größtem Lärm beginne und mit einem heiteren Spaziergang ende. Man will den Arbeitern freie Hand lassen, zu zeigen, daß sie unfähig sind, die Gütererzeugung zu organisieren. Das ist zwar ein teures Experiment, aber noch immer billiger als die Anwendung von Gewalt. Man ist der Ueberzeugung, daß die Bewegung bald in sich selbst zusammensinken wird. Tatsächlich haben die Sozialisten das ängstliche Gefühl, sich zu weit vorgewagt zu haben und suchen nun den Rückweg. Die Regierung ist bemüht, ihnen dieses ohne allzugroßen Prestigeverlust zu erleichtern. Die Schwierigkeiten liegen bei den Industriellen, die eine volle Niederlage der Sozialisten wünschen, damit die fortwährenden Aufstände endlich ein Ende nehmen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 9. September 1920.

Stadtsingechor. Der altehrwürdige Hallische Stadtsingechor wird unter der Leitung seines langjährigen Dirigenten, Chordirektor Karl Klanert, am 10. September 1920, abends 7½ Uhr, in der Marienkirche wieder eine musikalische Vesper geben zu der hervorragende Werke von Bach, Eccard, Brahms, Wolf u. a. mehr zur Aufführung gelangen. Im Interesse der Erhaltung der um ihre bedrohte Existenz verzweifelt kämpfenden Einrichtung mit ihrem jugend-frischen, metallisch-schönen Stimmmaterial ist ein recht zahlreicher Zuspruch zu dieser Vesper zu wünschen. Karten bei Gothan, am Konzertage auch an der Kirchentür.

Provinzial-Nachrichten.

:—: **Jena, 7. September.** (Bolschewistentransporte.) Gestern passierte ein Transport zu in Richtung Saalfeld unsere Stadt. Der Zug bestand aus 45 Wagen und enthielt russische Bolschewisten, die bekanntlich in Ostpreußen interniert werden waren (annähernd 1400 Mann). Der Bestimmungsort der Internierten soll ein Lager in Bayern sein. Ob noch weitere Transporte in die Gegend folgen werden, ist noch ungewiß.

Erfurt, 7. Sept. (Was die Thüringer Mietervereine fordern.) Am vorigen Sonntag hatten sich hier eine Anzahl Delegierte von Mietervereinen Großthüringens zur Gründung eines Thüringer Mieterverbandes eingefunden. Nach zehnstündiger Tagung nahm der Thüringer Mieterverbandstag eine Entschließung einstimmig an in welcher folgende Forderungen aufgestellt wurden: 1. Sofortigen Erlaß eines allgemeinen Kündigungsverbotes. 2. Sofortigen Erlaß eines Reichsmietengesetzes, welches dem Hausbesitzer außer einer Verzinsung seines nachweislich im Grundstücke angelegten Kapitals nur eine Entschädigung für tatsächlich geleistete Arbeiten, nicht aber für bloße Vermögensverwaltung und dergleichen gewährt. 3. Sofortige Verteilung diktatorischer Befugnisse an die Wohnungsämter zwecks Freimachung unzureichend ausgenutzter Wohnungen. 4. Sofortigen Erlaß von Strafbestimmungen für die Umgehung aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen. 5. Schnellste Inganggesetzung der Wohnungsbautätigkeit.

Erfurt, 8. September. (Aufdeckung einer großen Gewehrschiebung.) Ermittelungsbeamten des Reichsschatzministeriums Berlin und der Zweigstelle Weimar gelang es mit Unterstützung der Erfurter Kriminalpolizei, großen Waffenschiebungen auf die Spur zu kommen und sie zu vereiteln. Es handelt sich um annähernd 100 000 zerlegte Gewehre und 34000 Maschinengewehrteile, die verschoben werden und den Schiebern riesige Summen einbringen sollten. Wem das Verfügungsrecht über die Waffenteile zusteht, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Es macht den Eindruck, als ob von den betreffenden Verwaltungsstellen hier viel gesündigt worden ist. Wie weit den einzelnen Beteiligten eine strafbare Handlung auf Grund des neuen Entwaffnungsgesetzes nachgewiesen werden kann, läßt sich noch nicht übersehen. Auf Grund der Ermittelungen wurden von der Kriminalpolizei eine Anzahl Festnahmen vorgenommen, darunter der Suhler Fabrikant Sauerbrey, der schon mehrfach in dortige Schiebungen verwickelt gewesen sein soll, und mehrere Angestellte des Erfurter Reichswerkes. Die Waffen sind beschlagnahmt und sichergestellt, so daß ihre Vernichtung erfolgen kann.

□ **Göttingen, 7. Sept.** (Bauernschläue.) Dem „Göttinger Tageblatt" wird folgende niedliche Sache berichtet: Schweißtriefend sehe ich auf der Göttinger Landstraße einen vierschrötigen Bauersmann daherkommen. Unter beiden Armen trägt er große, ganz primitiv eingerahmte Bilder — alte Schwarzdrucke von Anno Tobak, vergilbt und zum Teil eingerissen. Ich staune, lache und denke: Wie kann man nur solch alten, geschmacklosen Kitsch an die Wand hängen. — „Haben Sie die Bilder gekauft oder geschenkt bekommen?" — „Dä hebbe ek ekauft un'n Aufschlone. Kenner nich wulle se röpen. Denn hebbe ek den Tauslag 'tregen, saufurt." — „Und das freut Sie so unbändig?" — „Jo, jo, weil jü Städters alle Dußels sind." — „Wieso?" — „Dä hätt alle nu na de Biller hinbeliekt — — eck aber na det Glas. Twintig (zwanzig) Mark hebbe ek betahlt jör den Schwinnel. Verschiedene hätt med uetlacht betreffs miner Gesichtsverirrung — sei weitet jo ock nicht, wat eck vor een brillantet Geschäfte maket hebbe — — eck hebbe für jüer ersthundert Mark Fruchtscheiben damit erhamschet."

Vermischtes.

Explosionskatastrophe.

Wilhelmshaven, 8. Sept. Beim Entschärfen von 15-Zentimeter-Granaten entstand am Mittwoch mittag gegen 1 Uhr im alten Laboratorium Marienjiel eine Explosion, die sich auch auf das neue Laboratorium fortpflanzte. Das Laboratorium brannte vollständig aus. Im alten Laboratorium wurden 50 Arbeiter beschäftigt, die größtenteils gerettet sind. Hierzu meldet die Landesabteilung Oldenburg-Bremen der Reichszentrale für Heimatdienst noch folgendes ergänzend:

Am Mittwoch mittag, 20 Minuten vor 1 Uhr, flog auf der Reichswerft Rüstringen das noch reichlich mit Minen angefüllte Minendepot in die Luft. Die Werft sind fast sämtliche Werkstätten schwer beschädigt. Die Arbeiterschaft verließ die Werft in kopfloser Hast. Da auf dem Minendepot 200 bis 300 Personen beschäftigt waren, ist eine größere Anzahl Menschenleben vernichtet worden. Wie groß die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist, ist vorläufig nicht festzustellen. Der Sachschaden ist ungeheuer. Es ist vorläufig noch nicht zu übersehen, ob der Betrieb der Reichswerft Rüstringen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden kann. Infolge des Feuers sind um ein halb 3 Uhr noch zwei weitere Munitionsschuppen explodiert.

Mord im Grunewald.

Die Auffindung einer Leiche durch Holzsucher im Grunewald in der Nähe von Nikolassee hat zur Entdeckung eines neuen Kapitalverbrechens geführt. Die gefundenen Teile waren in weißes Krepp-Papier eingepackt, wie es in den letzten Jahren als Tischtuch- und Serviettenersatz in Gastwirtschaften benutzt wird. Die einzelnen Stücke waren in Tageszeitungen eingewickelt. Außerdem war dazu ein Begleitschreiben der Färberei Spindler verwendet worden. Bei der vorsichtigen Untersuchung der Verpackung wurden einige längere Haare gefunden; diese Haare können sowohl von einer an der Verpackung beteiligten Person als auch von dem Toten selbst herrühren. Das Verbrechen muß in den letzten Tagen geschehen sein. An der Fundstelle sind nochmals eingehende, leider erfolglose Streifen Unternommen worden, um nach den fehlenden Leichenteilen zu suchen. Von der Kriminalpolizei ist eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt worden für alle Angaben, die der Weiterführung der Untersuchung dieses rätselhaften Verbrechens dienlich sind.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vereinigte Neumärkische Kohlenwerke G. m. b. H., Verwaltungssitz Berlin. Zur Zeichnung von erststellig hypothekarisch sichergestellten mit 5 Proz. verzinslichen Anteilen der Vereinigten Neumärkischen Kohlenwerke wird im heutigen Anzeigenteil eingeladen. Die Gesellschaft betreibt den Braunkohlenbergbau und die Brikettfabrikation. Die Gesellschaft vereinigt 6 einzelne Bergwerksgerechtsame zu einem Großbetrieb. Für die Abbaufähigkeit, da in der Hauptsache Tagebau betrieben wird, und die Transportfähigkeit einer großen Kohlenförderung liegen die, wie im Prospekt betont wird, besten Voraussetzungen vor. Die Leitung des Bergwerksbetriebes liegt in den Händen erster Bergfachleute. Die Gesellschaft gibt Anteile à 1000 Mk. auf den Inhaber lautend aus, die durch hypothekarische Eintragung in den Grundbüchern sichergestellt sind und mit mindestens 5 Proz. garantiert verzinst werden. Die zu erwartenden Dividenden dürften jedoch voraussichtlich bedeutend höher sein. Nach Abschätzung erster Sachverständiger beträgt der Wert des Bergwerksbesitzes 2 500 000 Mk., das bisher gezeichnete Kapital beträgt 600 000 Mk. und soll auf 1 250 000 Mk. erhöht werden. (Siehe Anzeigenteil.)

+ **Wagengestellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S., den Stationen der Lausitzer Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 8. Sept. zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlen-Briketts, Nahrpresteinen und Braunkohlenkoks gestellt 5786, nicht gestellt 0 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Maschinenfabrik Triptis. Das Unternehmen wird zufolge der andauernden Absatzstockung auf diesem Markt den Bau landwirtschaftlicher Maschinen einstellen. Der dem Konzern der Sachsenwerke angehörige Betrieb wird bereits auf die Herstellung anderer Fabrikate umgestellt.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Aus Oberschlesien.

Oppeln, 9. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage in Oberschlesien spitzt sich immer mehr zu. Zahlreiche Flüchtlinge treffen aus den gefährdeten Grenzgebieten, namentlich aus dem Kreise Lublinitz, in den Orten ein, die in ruhigeren Teilen Oberschlesiens gelegen sind. Ganz besonders werden überall die Führer der heimattreuen Verbände durch Drohbriefe gezwungen, zu flüchten. Der Belagerungszustand in Kattowitz wird heute aufgehoben werden. Infolgedessen fallen auch die Zeitungsverbote weg, und die drei im Verlage Siwinna erscheinenden Zeitungen dürfen wieder erscheinen.

Tarnowitz, 9. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der hiesige Kreiskontrolleur erließ eine Verordnung, wonach alle Zollbeamten Oberschlesiens ihren Dienst weiter zu versehen haben. Jede Behinderung dieser Beamten in ihrer Dienstausübung hat die schwersten Strafen zur Folge. Die Beamten sind berechtigt, während des Dienstes, die ihnen angewiesenen Waffen zu tragen.

Beginn der polnisch-russischen Verhandlungen.

Basel, 9. September. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus Paris werden die polnisch-russischen Friedensverhandlungen am Montag in Riga beginnen.

Von der Wrangel-Front.

Warschau, 9. September. (Eigene Drahtnachricht.) Nach hier eingelaufenen Meldungen geht General Wrangel in der Richtung auf Alexandrow vor. In der Gegend des Dnjeper haben sich schwere Kämpfe abgespielt, in denen Wrangel angeblich zahlreiche Gefangene und eine große Beute gemacht haben soll.

Millerands Rundreise im Rheinland.

Mainz, 9. September. (Eigene Drahtnachricht.) Ministerpräsident Millerand und Marschall Foch besuchten gestern vormittag von Koblenz aus das Bad Ems, wo sie u. a. den Gedenkstein, der an das Zusammentreffen König Wilhelm I. mit dem französischen Botschafter Benedetti erinnert, in Augenschein nahmen. Von Bad Ems aus begaben sich Millerand und Foch nach Wiesbaden zurück.

Genf und Brüssel!

London, 8. Sept. Der „Daily Telegr." läßt sich aus Paris melden, daß zwischen der britischen und der französischen Regierung eine Besprechung über die Konferenz in Genf stattfinden werde. Millerand habe den Wunsch, über die Konferenz vorher eine Verständigung zwischen Frankreich, England und Italien zu erzielen.

Die „Neue Zürcher Ztg." meldet aus Genf: Zur Vorbereitung der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel hat man die Unterlagen in 14 Broschüren ausgearbeitet, die den alliierten und den übrigen Regierungen zugestellt wurden. Auf der Konferenz wird vor allem die Frage der Wiedereinführung internationaler Handelskredite besprochen. Der Vertreter jeder Nation wird zu Beginn der Konferenz 15 Minuten über die Finanzlage seines Landes sprechen.

Das französische Interesse für Oesterreich.

Wien, 9. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Mittagspost erfährt von einer Wiener Ententemission anläßlich der formellen Aufnahme der Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich, daß sich Frankreich für die Lösung der österreichischen Frage außerordentlich interessiert, schon weil es jede Erstarkung Deutschlands hintanhalten muß. In nächster Zeit wird Frankreich in nachdrücklicher Weise für die österreichische Wirtschaft eintreten. Ferner steht die Schaffung eines besonderen Departements im Pariser Außenamt für die österreichischen Angelegenheiten bevor. Dieses Departement soll die Sanierung und Konsolidierung Oesterreichs und Zentraleuropas zur speziellen Aufgabe haben. Jedenfalls werden durch seine Tätigkeit alle Kombinationen, die in Prag und Belgrad getroffen wurden, über den Haufen geworfen.

Zur Lage in Italien.

Rom, 9. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Alle Nachrichten über die Arbeiterbewegung lassen erkennen, daß die Arbeiter bald der Sowjets überdrüssig werden. Man erwartet Ende dieser Woche die entscheidende Krise, da niemand die Arbeiter beruhigen will. Der Avanti hat sich mit dem Scheitern der Bewegung abgefunden. Inzwischen werden aus Turin und Triest neue Zusammenstöße gemeldet, bei denen drei Personen getötet und drei verwundet wurden. — Man erwartet im allgemeinen, daß das Parlament von seinem Recht des Zusammentritts aus eigener Entschließung Gebrauch macht. Aus Turin wird gemeldet, daß kürzlich zwei Flugzeuge über der Stadt erschienen, die revolutionäre Flugschriften abwarfen. Zwei Militärflugzeuge mit Offizieren stiegen auf, um diese zwei Maschinen zu verjagen. Der „Secolo" dementiert das Gerücht, daß Giolitti wegen der ernsten Lage infolge des Metallarbeiterstreiks nach Rom zurückkehren wolle, und er schreibt, Giolitti werde erst kurz nach der Zusammenkunft in Aix-les-Bains zur Eröffnung des Senats am 15. September nach Rom zurückkehren.

Vom englischen Bergarbeiterstreik.

London, 9. September. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reuterische Bureau meldet, daß heute die Verhandlungen mit den Bergarbeitern beginnen. In Regierungskreisen hofft man, daß die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führen werden.

Elegante Schuhe

müssen Continental-Gummiabsätze haben. Sie ermöglichen geräuschlosen, graziösen Gang, ersparen Kraft und schonen Nerven wie Körper.
Jeder Schuhmacher führt

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200909035/fragment/page=0003

Ab morgen!

Leipzigerstrasse 88 — Fernruf 1224 — UT — Alte Promenade 11a — Fernruf 5738

LOTTE NEUMANN

im 1. Film der Serie 1920/21. **„Die Glücksfalle"**

Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman von Fedor von Zobeltitz. — Vorführ.: 4.20 6.30 9.00

Arnold Rieck in dem originellen Lustspiel in 2 Akt. **„Arnold auf der Brautschau"**

Vorführung: 4.00 6.10 8.20

Beginn 4 Uhr!

HENNY PORTEN

im 1. Film der Serie 1920/21. **„Die goldene Krone"**

Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman von Olga Wohlbrück. Henny Porten, die allgemein beliebte Filmschauspielerin, tritt hier in ihrer Glanzrolle auf. Mit Recht nennt man diesen Film ihren erfolgreichsten und besten. Vorführ.: 4.40 6.50 9.10

Hilde Wörner in dem Film „Die Berliner Range". Die Streiche der Lotte Bach nach der gleichnamigen Roman-Serie von Ernst Georgi.

I. Streich: „Lotte als Schulschreck" Lustspiel in 3 Akt. :: Die neuesten Wochenberichte!

Beginn 4 Uhr!

Wochentags kleine Preise bei vollem Programm!

Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit!

Gr. Ulrichstraße 51.

Licht-Spiele

Fernspr. 4681.

Ab Freitag! Uraufführung für Mitteldeutschland!

Rich. Eichbergs gewaltiges Monumentalwerk:

Der Fluch der Menschheit.

2. Teil.

Im Rausche der Milliarden

Abenteurer-Film in 5 spannenden Akten.

Vorführung: 4.45 6.50 9.00 Uhr.

2. Teil — 2. Teil

Karlchens nächtliche Verirrung.

Lustspiel in 3 Akten.

Sonntags und wochentags Einlass 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr.

Stadttheater

Freitag, den 10. Sept., Anf. 7½, Ende 10½ Uhr:

Dr. Klaus.

Sonnabend:

Als ich noch im Flügelkleide.

Oberharz (Bahnstation). Schwindsüchtige finden keine Aufnahme. Führer u. Wohnungsverzeichn. durch d. Kurverwaltung.

Braunlage

W. L. T.

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Freitag, den 10. September 1920

Eröffnungs-Gala-Vorstellungen

„Prinz Kuckuck"

frei bearbeitet nach dem gleichnamigen Roman von O. Julius Bierbaum. In den Hauptrollen:

Conrad Veidt, Magnus Stifter, Toni Zimmerer, Marg. Kupfer u. a. m.

Der Hausknecht, mein Kompagnon.

Ein lustiger 2-Akter.

Illustrierter Wochenbericht.

Beginn täglich 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Das allen Hallensern wohlbekannte „Walhalla" ist jetzt als moderne Lichtbild-Bühne eingerichtet und eröffnet mit dieser Gala-Vorstellung dem Publikum seine Pforten.

Wintergarten

Frank Herms,

der geniale Künstler.

Beispielloser Erfolg.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf nur an der Wintergartenkasse von 11—1 und 6½ Uhr.

Friedrichroda Thüringer Wald 430—710 m ü. M.

Beliebt. Sommer- u. Winterkurort Thüringens m. Schloss u. Park Reinhardsbrunn. Alle hygien. Einrichtungen. Voll. Kurbetrieb. Prospekt: Städtische Kurverwaltung.

Verband deutscher Musiklehrerinnen.

Unterrichtsvermittlung. Nachweis tüchtiger Musiklehrerinnen für alle Fächer durch **Frl. Schlefer**, Kleine Ulrichstrasse 17. 3—4.

Einladung

zur Zeichnung von erststellig hypothekarisch sichergestellten, mit 5% verzinslichen Anteilen der

Vereinigte Neumärkische Kohlenwerke

G. m. b. H.

Verwaltungssitz Berlin.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Zielenzig eingetragen und betreibt den Braunkohlenbergbau und die Brikettfabrikation. Der umfangreiche Bergwerksbesitz ist in den Grundbüchern von Langenfeld, Trebow und Königswalde gerichtlich eingetragen. Die bergamtlichen Verleihungsurkunden sind in den Jahren 1859 bis 1879 erteilt. Die Gesellschaft vereinigt 6 einzelne Bergwerksgerechtsame zu einem Grossbetrieb. Für die Abbaufähigkeit, da in der Hauptsache Tagebau betrieben wird, und die Transportfähigkeit einer grossen Kohlenförderung liegen die denkbar besten Voraussetzungen vor. Die Leitung des Bergwerksbetriebes liegt in den Händen erster Bergfachleute. Die Gesellschaft gibt Anteile à Mk 1000 auf den Inhaber lautend aus, die durch hypothekarische Eintragung in den Grundbüchern sichergestellt sind und mit mindestens 5% garantiert verzinst werden. Die zu erwartenden Dividenden dürften jedoch voraussichtlich bedeutend höher sein. In der ordentlichen Generalversammlung hat jeder gezeichnete Anteil à Mk. 1000.— eine Stimme. Die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft und Einführung der Aktien an der Börse ist geplant. Mit den Gesellschaftern, Zeichnern von Geschäftsanteilen können evtl. Kohlenlieferungsverträge abgeschlossen werden. Kohlenproben stehen zur Verfügung. Nach Abschätzung erster Sachverständiger beträgt der Wert des Bergwerksbesitzes Mk 2500000.— das bisher gezeichnete Kapital beträgt Mk. 600000,— und soll auf Mk. 1250000.— erhöht werden. Prospekte, Zeichnungsscheine versendet die Firma **Robert Fricke**, Bankgeschäft, **Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 213**, gegründet 1903.

Zeichnungen und Einzahlungen können dortselbst provisionsfrei vorgenommen werden, 25% der gezeichneten Beträge sind sofort einzuzahlen, der Rest nach Vereinbarung.

Vereinigte Neumärkische Kohlenwerke

G. m. b. H.

Unterrichts-Anzeigen

Buchführung.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Chauffeurschule.
Hallesche Automobilzentrale, Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen.
Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29.

Fremde Sprachen
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
Bodensiek, Friedrichstr. 69, p. l.

Schneiderei-Unterricht.
E. Holborn, Königstr. 50.

Schreibmaschine.
Kaufmänn. Privatschulen.
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Stenographie.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger Händelstrasse 6.

Tanz-Unterricht.
H. Weber, Magdb.-Str. 52.
Teiln. d. Hochsch. f. Tz., Berl
Hofballetmstr. Wesner, St. Nikolaus.

Vornehmes **Briefpapier** mit Künstler-Federzeichnungen von Halle a. S. Block 2.25 **C. F. Ritter,** Leipziger Str. 90

Hosenträger p. 1.20 Mk. an — Sehr große Auswahl. — H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84

Obstthorden beliebig zu vergrößern sehr billig. **C. F. Ritter,** Leipzigerstr. 90.

Achtung! Achtung!

Beamte!

Reichstagsabgeordneter

DELIUS

spricht am Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr im **Neumarkt-Schützenhaus** in einer

Beamten-Versammlung.

Zu dieser hochwichtigen Versammlung sind alle Beamten eingeladen. Auch für Nichtbeamte dürfte es sich empfehlen, sich über die Beamtenprobleme zu unterrichten.

Zur Deckung der Unkosten 50 Pfg. Eintrittsgeld.

Deutsche demokratische Partei, Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200909035/fragment/page=0004